



Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz NRW - 40190 Düsseldorf

Präsidenten des Landtags
Nordrhein-Westfalen
Herrn André Kuper MdL
Platz des Landtags 1
40221 Düsseldorf

Ursula Heinen-Esser
Karl Josef Laumann

3. März 2020

Seite 1 von 2

PCB-Emission aus einer Anlage zur Silikonherstellung in Ennepetal

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident,

hiermit übersenden wir Ihnen den gemeinsamen Bericht des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales und des Ministeriums für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen zum Vorkommen von polychlorierten Biphenylen (PCB) aus einer Anlage zur Silikonherstellung in Ennepetal mit der Bitte um Weiterleitung an die Mitglieder der Ausschüsse für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz sowie für Arbeit, Gesundheit und Soziales.

Aufgrund einer Nachbarschaftsbeschwerde über „weiße Flocken“ sowie der in den Flocken und weiteren Proben ermittelten Gehalte bestimmter PCB-Kongenere und der räumlichen Verteilung der Immissionen, konnte eine Anlage als Verursacher für eine PCB-Belastung im Ennepe-Ruhr-Kreis identifiziert werden. Mit beiliegendem Bericht möchten wir über die aktuelle Situation und das weitere Vorgehen informieren.



Die dem Bericht zugrundeliegenden Informationen geben den Sachstand vom 29.02.2020 wieder. Über die aktuellsten Entwicklungen wird in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz am 04.03.2020 zusätzlich mündlich berichtet.

Mit freundlichen Grüßen

Ursula Heinen-Esser

Karl-Josef Laumann



Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales

**Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz**

des Landes Nordrhein-Westfalen

Ausschüsse für
Umwelt, Landwirtschaft, Natur und Verbraucherschutz
und
Arbeit, Gesundheit und Soziales

Schriftlicher Bericht

**Sachstandsbericht: PCB-Emission aus einer Anlage zur Sili-
konherstellung in Ennepetal**

Kernaussagen

1. Durch eine Nachbarschaftsbeschwerde über „weiße Flocken“ wurden die Behörden in Ennepetal auf den Sachverhalt aufmerksam. Aufgrund der in den Flocken und weiteren Proben ermittelten PCB-Kongenere 47, 51 und 68 sowie der räumlichen Verteilung der Immissionen konnte die Firma BIW Isolierstoffe GmbH als Verursacher identifiziert werden. Die Firma BIW stellt unter anderem Formteile aus Silikon-Kautschuk her. Durch den Einsatz eines chlorhaltigen Vernetzungsmittels werden unter bestimmten Produktionsbedingungen PCB in Form der genannten Kongenere freigesetzt.
2. Immissionsmessungen an Löwenzahn und Grünkohlproben bestätigten den Verdacht. Vorsorgliche Verzehrempfehlungen wurden ausgesprochen, um eine Zusatzbelastung der Bevölkerung zu verhindern.
3. Um die weitere Freisetzung von PCB in die Umwelt zu verhindern, wurden behördliche, insbesondere immissionsschutzrechtliche, Maßnahmen eingeleitet.
4. Nach Bekanntwerden eines erneuten Flockenausstrags in der Umgebung der Anlage beabsichtigte der Kreis den Einsatz des Vernetzers mit einer Anordnung der sofortigen Vollziehung zu untersagen.
5. Das Unternehmen hat daraufhin in Gesprächen mit den zuständigen Behörden und auch in der zweiten Bürgerversammlung in Ennepetal am 21.02.2020 erklärt, den weiteren Austrag von PCB in Flocken bis zum Ende des Monats Februar und über den Gas- bzw. Luftpfad insgesamt bis zum Ende des Jahres 2020 zu unterbinden.
6. Weitere Betriebe, die den genannten Vernetzer einsetzen, wurden und werden in NRW und weiteren Bundesländern ermittelt, entsprechende arbeits- und umweltschutzrechtliche Überprüfungen bei den bekannten Betrieben sind eingeleitet.
7. Nach bisherigem Sachstand ist BIW der mit Abstand höchste Emittent von PCB bei silikonverarbeitenden Betrieben in Nordrhein-Westfalen.
8. Der vorliegende Fall in Ennepetal ist aufgrund der Art der PCB-Entstehung und PCB-Freisetzung ein Novum.
9. Aufgrund der komplexen Rechtslage im Umwelt- und Chemikalienrecht werden derzeit in Abstimmung mit den zuständigen Behörden die zulassungs- und stoffrechtlichen Fragestellungen geprüft. Dabei wurde auch das für die Umsetzung der POP-VO zuständige Bundesministerium BMU um Stellungnahme gebeten. Die offensichtlich bestehende Regelungslücke muss umgehend geschlossen werden.
10. NRW hat parallel zu den Bundesbehörden auch die zuständigen Ministerien der anderen Bundesländer direkt und im Rahmen der entsprechenden Bund-Länder-Gremien über die festgestellte Entstehung von PCB im Prozess der Silikon-Kautschuk-Verarbeitung informiert.

1. Sachverhalt (Stand: 29.02.2020)

Aufgrund einer Nachbarbeschwerde über Partikelniederschläge („Weiße Flocken“) hat die Untere Umweltschutzbehörde des Ennepe-Ruhr-Kreises im Umfeld der Firma BIW Isolierstoffe GmbH in Ennepetal sowie in Anlagen des Unternehmens Ermittlungen aufgenommen und verschiedene Untersuchungen veranlasst. Dabei wurde sie vom Landesamt für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) unterstützt.

In dem Partikelniederschlag wurden erhöhte Werte von Polychlorierten Biphenylen (PCB) festgestellt. PCB sind synthetische aromatische Stoffe, die in 209 verschiedenen chemischen Strukturen (Kongeneren) auftreten können. Aufgrund der hohen Stabilität der einzelnen PCB-Moleküle und infolge ihrer guten Fettlöslichkeit reichern sie sich in der Nahrungskette und im menschlichen Körperfett an. Bei der Wirkung steht die chronische Einwirkung niedriger Konzentrationen im Vordergrund. PCB können schädigend auf das Nerven- und Immunsystem sowie auf Leber und Schilddrüse wirken und wurden von der Internationalen Agentur für Krebsforschung als krebserregend eingestuft. 1989 trat die PCB-Verbotsverordnung in Kraft. Seither ist es verboten, PCB-haltige Stoffe herzustellen, in Verkehr zu bringen oder zu verwenden. Entsprechende europäische Regelungen wurden zuletzt mit der Verordnung (EU) 2019/1021 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über persistente organische Schadstoffe fortgeschrieben (s. auch Ausführungen unter 4.).

Im Rahmen der vor Ort eingeleiteten Maßnahmen wurden im Juli 2019 bei einem „Löwenzahn-Screening“ in der Umgebung des Unternehmens hohe PCB-Werte festgestellt. In den zwischen August und November 2019 in dem Untersuchungsgebiet in Ennepetal ausgebrachten Grünkohlpflanzen wurden ebenfalls immissionsbedingte Einträge an PCB ermittelt. Dabei handelte es sich überwiegend um die PCB-Kongener 47, 51 und 68, die bei einem in der Firma BIW eingesetzten Prozess der Silikonkautschukherstellung freigesetzt werden, wobei das Kongener 47 den größten Anteil ausmacht.

Bereits nach Vorliegen der Ergebnisse aus den Löwenzahnuntersuchungen erfolgte am 06.09.2019 die vorsorgliche Verzehrempfehlung für selbstangebautes Gemüse für das betroffene Gebiet. Diese wurde nach Vorliegen der Grünkohlergebnisse modifiziert, um eine Zusatzbelastung der Bevölkerung zu vermeiden.

Aufgrund der sowohl in den Löwenzahn- als auch in den Grünkohlpflanzen ermittelten PCB-Kongener 47, 51 und 68 sowie aufgrund der räumlichen Verteilung der Immissionen konnte die Firma BIW eindeutig als Verursacher identifiziert werden.

Die Firma BIW stellt unter anderem Formteile aus Silikon-Kautschuk her. Durch den Einsatz eines chlorhaltigen Vernetzungsmittels werden unter bestimmten Produktionsbedingungen PCB in Form der oben genannten Kongener freigesetzt.

Die zuständige Untere Umweltschutzbehörde des Ennepe-Ruhr-Kreises hat behördliche Maßnahmen eingeleitet (Näheres wird unter 3. „weiteres Vorgehen“ erörtert), deren Ziel

es ist, den Sachverhalt weiter aufzuklären und die Freisetzung von PCB schnellstmöglich zu unterbinden. Dabei unterstützt das LANUV den Kreis.

2. Auswirkungen auf Mensch und Umwelt

Sowohl durch die o.g. Untersuchungen von Pflanzenmaterial als auch mittels Bodenuntersuchungen konnte ein Einfluss der von der Firma BIW freigesetzten PCB-Emissionen auf die PCB-Gehalte in der Umwelt eindeutig belegt werden. Die festgestellten Bodengehalte sind fast ausschließlich auf die drei während des Produktionsprozesses entstehenden Kongenere 47, 51 und 68 zurückzuführen. Bodenschutzrechtliche Gefahrenschwellen (Prüfwerte der Bundes-Bodenschutz- und Altlastenverordnung) sind unterschritten, so dass eine multifunktionale Nutzung der Böden möglich ist. Um die multifunktionale Nutzung der Böden auch zukünftig zu gewährleisten, müssen Akkumulationen durch weitere erhebliche Einträge jedoch verhindert werden.

Futtermittelproben von landwirtschaftlichen Betrieben im Umfeld zeigten unauffällige Ergebnisse. Auch Rohmilchproben werden von der zuständigen Stelle aufgrund der auch hier eingehaltenen Grenzwerte als verkehrsfähig eingestuft (Höchstgehalt für nicht-dioxinähnliche PCB war eingehalten; der dabei zugrunde gelegte Gesamt-PCB-Gehalt wurde unter Einbeziehung des PCB 47 ermittelt).

Inwieweit die bisherigen PCB-Immissionen zu einer zusätzlichen Belastung von Menschen im Umfeld des Betriebes geführt haben und wie diese gesundheitlich zu bewerten ist, soll durch ein in Kürze startendes Human-Biomonitoring (Blutuntersuchung) untersucht werden (s. u.).

Nach heutigem Kenntnisstand erfolgt die Aufnahme von PCB überwiegend über die Nahrung. Die vorsorgliche – und nach Auswertung der Grünkohluntersuchungen vom Kreis nochmals ergänzte - Verzehrempfehlung für selbstangebautes Gartengemüse dient daher dazu, eine zusätzliche Aufnahme von PCB aus den Immissionen der Firma BIW für die Anwohnerinnen und Anwohner zu unterbinden.

Die Verzehrempfehlung bezieht sich insbesondere auf Grünkohl, Mangold, Spinat, Pflücksalat, Feldsalat, Rucola, Rübstieler / Stielmus, Staudensellerie, Kräuter und andere Gemüse, von denen die Blätter verzehrt werden.

Weil eine Aufnahme von PCB aus deponierten Flocken z. B. durch Kleinkinder über Hand-Mund-Kontakt nicht grundsätzlich ausgeschlossen werden kann, steht im Fokus den weiteren Flockenaustrag zu unterbinden.

Ausführliche Informationen findet man auf der Homepage des Kreises unter <https://www.enkreis.de/katasterumwelt/umwelt/faq-pcb.html>.

3. Veranlasste Maßnahmen

Immissionsschutz

Nach Bekanntwerden der PCB-Emissionen aus den Anlagen der Firma BIW wurden zahlreiche Maßnahmen eingeleitet:

- Zunächst wurden die Bürgerinnen und Bürger im Rahmen einer Bürgerinformationsversammlung am 06.11.2019 über den Sachstand informiert.
- Der Kreis hat ein Konzept für das weitere ordnungsbehördliche Vorgehen bei der Firma BIW erarbeitet.
- Dazu zählen z.B. die Forderungen an die Firma zur Vorlage umfangreicher Unterlagen zu Emissionsquellen, Maschinenaufstellung, Einsatzstoffen und Kapazitäten, zur Vorlage eines konkreten Maßnahmenplans zur effektiven Minderung der PCB-Emissionen insbesondere der Verhinderung des Austrags von Flocken sowie zu Veranlassung von Emissionsmessungen, mit denen die Emissionsquellen und die erforderlichen Maßnahmen zur Minimierung der PCB-Freisetzung identifiziert und konkretisiert werden können.
- Eine weitere Bürgerinformationsversammlung fand am 21.02.2020 statt.
- Zur Vermeidung der Entstehung und des weiteren Austrags von PCB-haltigen Flocken wurden vom Unternehmen die Reinigungsintervalle der betreffenden Abluft- und Ofenkamine verkürzt.

In Bezug auf das ordnungsrechtliche Vorgehen ist zu berücksichtigen, dass die Anlage nach dem derzeitigen Kenntnisstand immissionsschutzrechtlich nicht genehmigungsbedürftig ist. Das bedeutet, dass entsprechende nachträgliche Anordnungen rechtlich nur möglich sind, wenn – wie im vorliegenden Fall - schädliche Umwelteinwirkungen bzw. Gesundheitsgefahren zu befürchten sind. Eine konkrete Gesundheitsgefährdung ist nach Einschätzung des LANUV insbesondere dann gegeben, wenn die PCB in Form von Flocken in die Umwelt gelangen und dort z.B. von Kleinkindern aufgenommen werden.

Nach Bekanntwerden des erneuten Flockenaustrags in der Umgebung der Anlage und der damit belegten konkreten Gesundheitsgefährdung beabsichtigt der Ennepe-Ruhr-Kreis nun den Einsatz des Vernetzers mit einer Anordnung der sofortigen Vollziehung zu untersagen, wenn nicht durch andere Maßnahmen ein weiterer Flockenaustrag ausreichend verhindert werden kann.

Vor dem Hintergrund der vom Ennepe-Ruhr-Kreis in diesem Zusammenhang durchgeführten Anhörung hat das Unternehmen – unter anderem auch in der Bürgerversammlung am 21.02.2020 – erklärt, den Austrag von mit PCB belasteten Flocken bis zum Ende des Monats Februar zu unterbinden. Gleichzeitig wurde angekündigt, den Einsatz des Vernetzers im Laufe des Jahres deutlich zurückzufahren und verbleibende Emissionen durch neu installierte Filteranlagen soweit zu minimieren, sodass es bis zum Jahresende keinen Austrag von PCB aus den Anlagen des Betriebes mehr geben soll. Die zur Verifizierung der angekündigten Maßnahmen erforderlichen Unterlagen wurden dem Kreis in der 9. Kalenderwoche vorgelegt.

Die von BIW vorgestellten Maßnahmen werden als grundsätzlich geeignet beurteilt, PCB-haltige Flockenemissionen für einen Übergangszeitraum mit hinreichender Sicherheit auszuschließen. Dem Konzept wurde daher zugestimmt. Die Wirksamkeit der Maßnahmen ist darüber hinaus eng durch einen Sachverständigen zu überwachen.

Zudem hat das Unternehmen zugesichert, dass bis Ende dieses Jahres über die Anlagen des Betriebs kein PCB mehr ausgetragen wird.

Parallel zu den ordnungsrechtlichen Maßnahmen werden Immissionsmessungen (PCB im Feinstaub der Luft sowie in der Staubdeposition) im angrenzenden Wohngebiet durch das LANUV durchgeführt. Hierzu hat das LANUV am 06.02.2020 entsprechende Messgeräte für die Luftkonzentration und die Deposition aufgebaut.

Die Grünkohluntersuchungen werden vom LANUV in 2020 erneut in verkürzten Abständen durchgeführt. Dazu soll von Mai bis August sowie von August bis November Grünkohl an verschiedenen Standorten exponiert und nach der Wachstumsphase auf PCB analysiert werden. Um den Bereich, in dem sich die Schadstoffe ausgebreitet haben, weiter einzugrenzen, wird in diesem Zusammenhang ein zusätzlicher Messpunkt eingerichtet.

Weiterhin werden Human-Biomonitoring-Untersuchungen auf eine mögliche innere PCB-Belastung von betroffenen Menschen angeboten. Die Untersuchungen werden vom Kreis Ennepetal (Gesundheitsamt) mit fachlicher Unterstützung des LANUV durchgeführt. Blutuntersuchungen in der Bevölkerung müssen von einer sorgfältigen Vor- und Nachbereitung begleitet werden (Festlegen der zu untersuchenden Altersgruppen, Erstellen notwendiger Formulare und Informationsschreiben, Ort der Blutabnahme, Lagerung und der Transport des Blutes, Auswahl des Labors, Erheben von Lebens- und Verzehrsgewohnheiten, Wohnadresse und beruflichen Faktoren). Die detaillierte Vorbereitung erfolgt so schnell wie möglich, aber auch so umfassend wie nötig. Dabei stimmt sich die Kreisverwaltung eng mit dem LANUV ab. Der Kreis geht davon aus, dass Blutabnahmen zur Untersuchung ab Mai oder Juni angeboten werden können. Ergebnisse werden gegen Ende des Jahres erwartet.

Arbeitsschutz

Im Rahmen der engen Ressortzusammenarbeit wurden das für den Arbeitsschutz zuständige Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales und die zuständige Arbeitsschutzbehörde im Herbst 2019 über die Erkenntnisse des Umweltministeriums aus den o.g. Messungen im Umfeld der Firma BIW informiert. Es erfolgte dann umgehend eine Arbeitsschutzüberwachung durch die zuständige Bezirksregierung. Dabei konnten innerhalb des Unternehmens die Prozesse, die für das Entstehen des PCB verantwortlich sind, ermittelt werden. Es wurden zahlreiche Messungen vorgenommen einschließlich eines Biomonitorings der in den betroffenen Produktionsprozess eingebundenen Beschäftigten. Die Ergebnisse belegen eine Exposition und Nachweisbarkeit des PCB 47 im Rahmen des Biomonitorings. Die Auswertung der Ergebnisse und die Klärung, welche dauerhaften Konsequenzen hieraus möglicherweise zu ziehen sind, dauern unter Einbeziehung arbeitsmedizinischer Experten noch an. Dabei wird auch zu prüfen sein, ob die

PCB-verursachenden Vernetzer substituiert werden können, ohne dass durch die Substitute andere gesundheitliche Risiken bzw. Umweltrisiken entstehen.

Um die Beschäftigten auch während der komplexen Prüfungen bestmöglich vor weiteren gesundheitlichen Risiken zu schützen, wurden erste Maßnahmen aber bereits umgesetzt. So wurde die Verbesserung der Abluftabsaugung an den betroffenen Anlagen veranlasst. Auch wurde der zutreffende Umgang mit den allgemeinen Arbeitsschutzvorgaben (angemessene Berücksichtigung der durch den Prozess entstehenden Risiken im Rahmen der Gefährdungsbeurteilung, umfassende persönliche Schutzausrüstung) in die Überwachung einbezogen und hier Verbesserungen veranlasst. Die Maßnahmen werden aufgrund der Wechselwirkungen zwischen Belastungen am Arbeitsplatz und Umweltbelastungen eng zwischen den Arbeitsschutz- und Immissionsschutzbehörden abgestimmt. Die geforderten Maßnahmen wurden vom Betreiber umgesetzt.

Aufgrund der Feststellung von Verstößen gegen die Sicherheitsvorgaben des Gefahrstoffrechts wurde der Vorgang zwischenzeitlich dennoch an die Staatsanwaltschaft abgegeben, da zurückliegende Verstöße gegen Arbeitsschutzvorgaben im Fall von Gesundheitsgefahren auch als Straftaten zu ahnden sein könnten.

Die Wirksamkeit der getroffenen Maßnahmen wird zudem zeitnah auf Veranlassung der zuständigen Behörden überprüft werden.

4. Stoffrecht

Die Herstellung, das Inverkehrbringen und die Verwendung von so genannten persistenten organischen Schadstoffen (POP), zu denen auch PCB zählen, ist durch EU-Recht (Verordnung (EU) 2019/1021) des Europäischen Parlaments und des Rates vom 20. Juni 2019 über persistente organische Schadstoffe (Neufassung) grundsätzlich verboten. In Bezug auf ein unbeabsichtigtes Entstehen von PCB im Produktionsprozess wie im vorliegenden Fall sieht die POP-VO ein Minimierungsgebot vor. Dieses richtet sich aber nicht unmittelbar an die Unternehmen, sondern an die Mitgliedsstaaten, die einen Reduzierungsplan verabschieden sollen. Das vom BMU insoweit veröffentlichte Konzept enthält für Anlagen wie im vorliegenden Fall keine konkreten Anforderungen.

Daher ist das MULNV an das BMU herangetreten mit der Bitte um Prüfung, inwieweit die POP-VO dennoch in diesem Fall für die grundsätzliche Verhinderung von PCB-Konzentrationen herangezogen werden kann. Eine abschließende Rückmeldung hierzu steht noch aus.

Der vorliegende Fall in Ennepetal, bei dem durch die Herstellung von Formteilen aus Silikon-Kautschuk durch den Einsatz eines chlorhaltigen Vernetzungsmittels unbeabsichtigt PCB freigesetzt werden, ist – im Bereich des Immissionsschutzes ein Novum – rechtlich und fachlich sehr komplex. Wir prüfen derzeit in Abstimmung mit den zuständigen Behörden die komplexen zulassungs- und stoffrechtlichen Fragestellungen.

5. Weiteres Vorgehen

Derzeit werden im Rahmen einer vom MULNV veranlassten und vom LANUV durchgeführten landesweiten Abfrage potenzielle vergleichbare betriebliche Anlagen in Nordrhein-Westfalen ermittelt. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen und eine abschließende Aussage, wie viele Firmen im Land letztlich betroffen sein könnten, ist daher aktuell noch nicht möglich. Die zuständigen Behörden (Bezirksregierungen, Untere Umweltschutzbehörden) wurden zwischenzeitlich mittels eines gemeinsamen Erlasses von MAGS und MULNV aufgefordert, die konkrete Situation in den bereits ermittelten Unternehmen unter arbeitsschutz- und umweltschutzrechtlichen Aspekten – soweit noch nicht geschehen – umgehend aufzuklären und gegebenenfalls unmittelbar erforderliche Maßnahmen anzuordnen. Die Berichte werden zurzeit ausgewertet.

Nach dem bisherigen Stand der Auswertungen setzen sieben weitere Betriebe in Nordrhein-Westfalen den PCB-freisetzenden Vernetzer ein. Eine Inspektion der bekannten Betriebe durch die Behörden ist bereits erfolgt. Ob auch in diesen Fällen PCB emittiert wurde, ist Gegenstand laufender Untersuchungen. Ungeachtet dessen ist die Landesregierung um eine Zustimmung der bereits bekannten Betriebe zur Bekanntgabe von Ort und Namen bemüht. Die zuständigen Behörden führen in diesem Zusammenhang entsprechende behördliche Anhörungen durch.

Bei den Standorten, die nachweislich einen PCB-freisetzenden Vernetzer einsetzen, sind weitere Ermittlungen erforderlich. Hinsichtlich des Umweltschutzes ist geplant, bei allen Standorten ein Löwenzahnscreening durchzuführen und je nach Ergebnis auch anschließende Gründlingsmessungen. Auf dieser Basis ist auch zu prüfen, an welchen Standorten zusätzliche Bodenuntersuchungen erforderlich sind, um dem Verdacht einer Anreicherung der PCB-Kongenerne 47, 51 und 68 im Boden nachzugehen. Das Vorgehen wird jeweils eng mit dem LANUV abgestimmt.

Sofern in den Betrieben Defizite im Umgang mit Gefahrstoffen vorliegen, ordnet der nordrhein-westfälische Arbeitsschutz entsprechende Gegenmaßnahmen an, zum Beispiel Absaugeinrichtungen, Reinigungsmaßnahmen in kurzen Intervallen und eine persönliche Schutzausrüstung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Zusätzlich können Unternehmen aufgefordert werden, den Beschäftigten Biomonitoring-Untersuchungen anzubieten sowie Arbeitsplatzmessungen durchzuführen.

NRW hat parallel zu den Bundesbehörden auch die zuständigen Ministerien der anderen Bundesländer direkt und im Rahmen der entsprechenden Bund-Länder-Gremien über die festgestellte Entstehung von PCB im Prozess der Silikon-Kautschuk-Verarbeitung informiert. Es besteht offenbar eine nennenswerte Anzahl vergleichbarer potenzieller Anlagen in Deutschland.

Die auch in Richtung des Bundes angestoßenen komplexen zulassungs- und stoffrechtlichen Prüfungen zur Verhinderung von PCB-Emissionen dauern noch an.

Das Umweltministerium (MULNV) hat in Abstimmung mit dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) den Bund aufgefordert, zeitnah eine rechtliche Prüfung und Klarstellung zum Vorkommen von polychlorierten Biphenylen (PCB) aus Anlagen zur Silikonherstellung vorzunehmen. Darüber hinaus wird eine Bundesratsinitiative angestoßen, damit die entsprechende Verordnung gemäß Bundes-Immissionsschutzgesetz geändert wird.

Angesichts der großen Dynamik des Themas sind weitere Berichterstattungen auch gegenüber dem Landtag vorgesehen.

Von: Presse-Abo umwelt.nrw <newsletter@mulnv.nrw.de>
Gesendet: Donnerstag, 20. Februar 2020 12:35
An: Stürmer, Holger
Betreff: MULNV Pressemitteilung - Landesregierung drängt auf Klärung bei PCB-Belastungen

umwelt.nrw

Ministerium für Umwelt, Landwirtschaft,
Natur- und Verbraucherschutz
des Landes Nordrhein-Westfalen



Landesregierung drängt auf Klärung bei PCB-Belastungen

20.02.2020

Nach Vorfall in Ennepetal Suche nach ähnlichen Anlagen – Vorsorge treffen und Rechtsklarheit schaffen

Das Umweltministerium (MULNV) fordert in Abstimmung mit dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) den Bund auf, zeitnah eine rechtliche Prüfung und Klarstellung zum Vorkommen von poly-chlorierten Biphenylen (PCB) aus Anlagen zur Silikonherstellung vorzunehmen. Die derzeit paradoxe Situation: Die Herstellung, das Inverkehrbringen und die Verwendung von PCB ist durch EU-Recht grundsätzlich verboten. Wenn PCB jedoch nicht zielgerichtet hergestellt werden, sondern unbeabsichtigt entstehen, ist die Rechtslage sehr komplex und die Hürde für ein behördliches Eingreifen höher.

„Hier gibt es eine Regelungslücke, die umgehend geschlossen werden muss“, forderten Umweltstaatssekretär Dr. Heinrich Bottermann und Gesundheitsstaatssekretär Dr. Edmund Heller. Ein entsprechendes Schreiben an das Bundesumweltministerium habe das nordrhein-westfälische Umweltministerium bereits auf den Weg gebracht. Es sei nicht nachvollziehbar, dass die gleichen gefährlichen Stoffe – die PCB – unterschiedlich behandelt werden, je nachdem wie sie entstehen. Hier bei einer nicht beabsichtigten, aber sehr wohl bekannten Entstehung von PCB erst konkrete Gefährdungsnachweise zu fordern, mache eine effektive Gesundheitsvorsorge zugunsten der Bevölkerung und der Beschäftigten extrem schwierig. Staatssekretär Bottermann kündigte darüber hinaus eine Bundesratsinitiative an, damit die entsprechende Verordnung zum Bundes-Immissionsschutzgesetz geändert wird.

Seit einigen Wochen sorgt ein Fall in Ennepetal für Aufsehen. Dort werden in einem Betrieb bei der Herstellung von Formteilen aus Silikon-Kautschuk durch den Einsatz eines chlorhaltigen Vernetzungsmittels polychlorierte Biphenyle freigesetzt. Eine Nachbarschaftsbeschwerde hatte auf Partikelniederschläge („weiße Flocken“) im Umfeld der Firma aufmerksam gemacht. Nach heutigem Kenntnisstand erfolgt die Aufnahme von PCB in der Bevölkerung überwiegend über die Nahrung. Um eine Zusatzbelastung zu vermeiden, hat der Ennepe-Ruhr-Kreis auf Basis von Untersuchungen des Landesamtes für Natur, Umwelt und Verbraucherschutz (LANUV) eine Verzehrempfehlung für selbst angebautes Gartengemüse ausgesprochen. Am 21.02.2020 findet in Ennepetal eine weitere Bürgerversammlung statt, in der über die aktuellen Erkenntnisse und Maßnahmen informiert wird.

„Wir sind den Vorgängen in Ennepetal unmittelbar nachgegangen und prüfen die damit in Zusammenhang stehenden Fragestellungen. Zugleich gilt es, möglichen

Gesundheitsgefährdungen vorzubeugen“, betonten Bottermann und Heller. Die Ankündigung der betroffenen Firma, den Produktionsprozess perspektivisch umzustellen, ginge nicht weit genug. „Aus unserer Sicht muss sofort sichergestellt werden, dass keine weiteren Flocken mehr austreten und im Betrieb die Beschäftigten geschützt werden. Sofern der Betreiber nicht durch andere geeignete Maßnahmen unverzüglich gewährleisten kann, dass das Problem behoben ist, sollte der Kreis den Einsatz des für die PCB-Emissionen ursächlichen sogenannten Vernetzers mit sofortiger Vollziehung untersagen“, forderten die Staatssekretäre.

Die Ministerien kündigten eine zeitnahe Unterrichtung des Landtags zum Sachstand an. „Die Landesregierung nimmt auch die Sorgen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sehr ernst und unterstützt die zuständigen Behörden mit allen Mitteln“, betonte Staatssekretär Heller. „Sofern in Betrieben Defizite im Umgang mit Gefahrstoffen vorliegen, ordnet der nordrhein-westfälische Arbeitsschutz entsprechende Gegenmaßnahmen an, zum Beispiel Absaugeinrichtungen, Reinigungsmaßnahmen in kurzen Intervallen und eine persönliche Schutzausrüstung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. Auch können Unternehmen aufgefordert werden, den Beschäftigten Biomonitoring-Untersuchungen anzubieten sowie Arbeitsplatzmessungen durchzuführen.“

Ermittlung zu weiteren vergleichbaren Anlagen

Das Umweltministerium hat nach Bekanntwerden des Vorfalles in Ennepetal umgehend das LANUV beauftragt, über eine landesweite Abfrage vergleichbare betriebliche Anlagen in Nordrhein-Westfalen zu ermitteln.

Ebenfalls wurden Bund und die Bundesländer über die festgestellte Entstehung von PCB im Prozess der Silikon-Kautschuk-Verarbeitung informiert und angefragt, ob vergleichbare Fälle bekannt sind.

Belastbare Erkenntnisse über die abschließende Anzahl der ähnlich produzierenden Unternehmen liegen noch nicht vor. Nach dem bisherigen Stand der Auswertungen setzen acht weitere Betriebe in Nordrhein-Westfalen den PCB-freisetzenden Vernetzer ein. Ob auch in diesen Fällen PCB emittiert wurde, ist Gegenstand laufender Untersuchungen. Ungeachtet dessen ist die Landesregierung um eine Zustimmung der bereits bekannten Betriebe zur Bekanntgabe von Ort und Namen bemüht.

„Erst wenn die Ermittlungen abgeschlossen sind, sind seriöse Aussagen möglich und kann beurteilt werden, ob und welche Auswirkungen durch andere Betriebe vorliegen“, sagten Bottermann und Heller. In Abhängigkeit der Ergebnisse sei dann über weitere Maßnahmen zu entscheiden. „Aber wir benötigen vor allem eine klare und bundesweit einheitliche Regelung. Denn hierbei handelt es sich offenbar um ein Problem, das alle Bundesländer betrifft. Wir erwarten, dass das Bundesumweltministerium aktiv wird“, so die Staatssekretäre.

Weitere Informationen, unter anderem zu den Verzehrempfehlungen finden Sie in der [Pressemeldung](#) des Ennepe-Ruhr-Kreises vom 13. Januar 2020.

Weitere Informationen

- [Pressemeldung des Ennepe-Ruhr-Kreises vom 13. Januar 2020 \[https://www.presse-service.de/data.aspx/static/1034607.html\]](https://www.presse-service.de/data.aspx/static/1034607.html)

Umweltministerium NRW: Detail

Umweltministerin Heinen-Esser: Oberste Prämisse haben der Schutz von Mensch und Umwelt / Nach Vorfall in Ennepetal bisher sieben weitere Betriebe in Nordrhein-Westfalen potenziell betroffen.

In Reaktion auf das Vorkommen von polychlorierten Biphenylen aus einer Anlage zur Silikonherstellung in Ennepetal hat das Umweltministerium ein Sonderuntersuchungsprogramm in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Natur, Umwelt- und Verbraucherschutz (LANUV), den Bezirksregierungen sowie den potenziell betroffenen Kommunen initiiert. "Ziel ist es, uns schnellstmöglich einen Überblick über die Lage in Nordrhein-Westfalen zu verschaffen, PCB-Emissionen bei silikonverarbeitenden Betrieben zu verhindern und ein koordiniertes und abgestimmtes Vorgehen der Behörden im Land sicherzustellen. Oberste Prämisse haben der Schutz von Mensch und Umwelt", sagte Umweltministerin Ursula Heinen-Esser am Mittwoch (4. März 2020) in Düsseldorf.

Das Umweltministerium hatte unmittelbar nach Bekanntwerden der PCB-Vorkommen aus einer Anlage zur Silikonherstellung in Ennepetal das LANUV beauftragt, vergleichbare betriebliche Anlagen in Nordrhein-Westfalen zu ermitteln. Nach dem bisherigen Stand der Auswertungen setzen neben der Firma "biw" in Ennepetal sieben weitere Betriebe in Nordrhein-Westfalen einen PCB-freisetzenden Vernetzer ein. Im Rahmen des Untersuchungsprogramms werden derzeit auf Basis der durchgeführten Ermittlungen erste Beurteilungen bei potenziell betroffenen Betrieben durchgeführt und bei Bedarf in Abstimmung mit der Kommune und dem Unternehmen individuelle Maßnahmenpläne erarbeitet.

Von den weiteren sieben potenziell betroffenen Betrieben haben folgende vier Unternehmen einer Veröffentlichung ihres Betriebsnamens und Unternehmenssitzes zugestimmt: SICO Gesellschaft für Silikonverarbeitung mbH in Witten, Silex in Herne, Kromberg & Schubert - Cable & Wire in Rhede sowie Prysmian Kabel und Systeme GmbH in Wuppertal. "Wir begrüßen den transparenten Umgang dieser Unternehmen. Insgesamt zeigen sich alle Unternehmen kooperativ bei den laufenden Untersuchungen", sagte Umweltministerin Ursula Heinen-Esser. Die Landesregierung bemüht sich, auch von den anderen bereits bekannten Betrieben die Zustimmung zu Bekanntgabe von Ort und Namen zu erhalten.

Nach den dem Umweltministerium vorliegenden Daten ist die Firma biw der mit Abstand größte silikonverarbeitende Betrieb in Nordrhein-Westfalen. Entscheidend für das weitere Vorgehen ist es, ob und wieviel PCB von den weiteren Betrieben emittiert werden. Dies wird derzeit intensiv untersucht. Neben den bekannten Partikelniederschlägen in der Nachbarschaft außerhalb des Betriebsgeländes in Ennepetal wurde auch im Umfeld des Betriebes in Witten Partikelniederschlag gefunden. Erste Hinweise deuten darauf hin, dass darin PCB enthalten sind. Endgültige Ergebnisse aus dem LANUV werden kurzfristig erwartet.

Um gesicherte Erkenntnisse über die Umweltbelastung in der Nachbarschaft der Betriebe zu erhalten, wird an allen Standorten ein sogenanntes Löwenzahnscreening durch das LANUV durchgeführt. In Abhängigkeit von den Ergebnissen werden bei den Anlagen entsprechende Minderungsmaßnahmen umgesetzt.

Die Bundesregierung ist gefragt

Das Umweltministerium hatte unmittelbar nach Bekanntwerden den Bund und die Bundesländer über die festgestellte Entstehung von PCB im Prozess der Silikon-Kautschuk-Verarbeitung informiert. Zugleich hatte das Umweltministerium in Abstimmung mit dem Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales (MAGS) das Bundesumweltministerium in einem Schreiben aufgefordert, zeitnah eine rechtliche Prüfung und Klarstellung zum Vorkommen von polychlorierten Biphenylen (PCB) aus Anlagen zur Silikonherstellung vorzunehmen.

"Wir benötigen eine klare und bundesweit einheitliche Regelung für diese Produktionsprozesse und um die PCB-Emissionen dauerhaft zu vermeiden. Denn hierbei handelt es sich offenbar um ein Problem, das alle Bundesländer betrifft. Wir erwarten, dass das Bundesumweltministerium aktiv wird", so Ministerin Heinen-Esser.

Hintergrund

Seit einigen Wochen sorgt ein Fall in Ennepetal für Aufsehen. Dort werden in einem Betrieb bei der Herstellung von Formteilen aus Silikon-Kautschuk durch den Einsatz eines chlorhaltigen Vernetzungsmittels polychlorierte Biphenyle (PCB) freigesetzt. Eine Nachbarschaftsbeschwerde hatte auf Partikelniederschläge ("weiße Flecken") im Umfeld der Firma aufmerksam gemacht. Untersuchungen dieser Flecken ergaben eine Belastung der Flecken mit den sogenannten PCB-Kongeneren 47, 51 und 68.

Nach aktuellem Kenntnisstand erfolgt die Aufnahme von PCB in der Bevölkerung überwiegend über die Nahrung. Um eine Zusatzbelastung zu vermeiden, hat der Ennepe-Ruhr-Kreis auf Basis von Untersuchungen des LANUV eine Verzehrempfehlung für selbst angebautes Gartengemüse

ausgesprochen.

Relevant für die gesundheitlichen Wirkungen von PCB ist insbesondere die langfristige Aufnahme von PCB und die Anreicherung im Fettgewebe. Akute Wirkungen treten erst bei sehr hohen Konzentrationen auf, wie sie in Ennepetal nicht erreicht werden und auch an den anderen Standorten nach derzeitigen Kenntnisstand nicht erwartet werden. Bezüglich des Austrags von Flocken in den öffentlichen Raum ist jedoch zu berücksichtigen, dass eine langfristige Schädigung der Gesundheit bei oraler Aufnahme durch Kinder im Krabbelalter nicht sicher ausgeschlossen werden kann. Daher ist der Austrag der Flocken vordringlich zu unterbinden.